

---

**Vorsitz: Deutschland****960. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 11. November 2020 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 11.15 Uhr

2. Vorsitz: M. Bleinroth

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung dieser FSK-Sitzung während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/109/20.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/304/20) (FSC.DEL/304/20/Add.1), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und San Marino) (FSC.DEL/305/20), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (Anhang 1)
- (b) *Ausarbeitung eines OSZE-Leitfadens zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und konventioneller Munition (CA):* Österreich (auch im Namen Frankreichs) (Anhang 2), Deutschland – Europäische Union (FSC.DEL/303/20), Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (Anhang 3), Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA (Lettland) (Anhang 4), Österreich

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Finanzierungsbeitrag zum iMARS-Projekt (System für Informationsmanagement und Berichterstattung):* Finnland, Frankreich

- (b) *Informelles Treffen zur Durchführung von Hilfsprojekten betreffend SALW und SCA im OSZE-Raum am 12. November 2020 und Treffen zu Leitlinien für Hilfsprojekte am 17. November 2020: FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA (Österreich)*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 18. November 2020, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

**960. Plenarsitzung**

FSK Journal Nr. 966, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

unser Standpunkt bezüglich des innerukrainischen Konflikts ist unverändert – es muss eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk erfolgen. Die Russische Föderation ist als Vermittler neben der OSZE, Deutschland und Frankreich bereit, dies auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern.

Die Dynamik im Verhandlungsprozess über eine umfassende friedliche Beilegung der Krise in der Ukraine ist derzeit entmutigend. Die Erörterungen, die am 10. November im Rahmen des Treffens der Arbeitsgruppe Sicherheit der Trilateralen Kontaktgruppe über Videokonferenz geführt wurden, brachten erneut keine konkreten Ergebnisse. Die Äußerungen, die am Vorabend dieses Treffens von den Leitern der ukrainischen Delegation in der Trilateralen Kontaktgruppe (TCG), Leonid Krawtschuk und Oleksiy Resnikow, im Zusammenhang mit dem von der ukrainischen Regierung vorgeschlagenen Entwurf eines Plans gemacht wurden, der gemeinsame Schritte zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vorsieht, werfen eine berechtigte Frage auf: bringen diese Aussagen den innerukrainischen Konflikt einer friedlichen Lösung näher? Insbesondere wurde festgestellt, dass die Ukraine die Punkte des Maßnahmenpakets nicht in der Reihenfolge umsetzen kann, in der sie seit 2015 bestehen und von der Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gebilligt wurden, und dass die Reihenfolge dieser Punkte überarbeitet werden muss. In diesem Zusammenhang übermittelte der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, den Außenministern Frankreichs und Deutschlands Mitteilungen mit Ausschnitten jüngster Interviews der erwähnten Vertreter der Ukraine und forderte seine Kollegen vom „Normandie-Format“ auf, die Übereinstimmung dieser Aussagen mit dem Minsker Maßnahmenpaket zu bewerten. Wir rechnen mit einer fundierten Antwort der französischen und deutschen Regierungen.

Die Waffenruhe im Donbass wird durch vereinzelte Provokationen entlang der Kontaktlinie verletzt. Am 5. und 6. November verzeichnete die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) einen deutlichen Anstieg der Verletzungen der Waffenruhe in der Region Donezk. Eine Gruppe von Arbeitern der Donezker Filterstation geriet unter Kleinwaffenbeschuss. Dabei handelt es sich um eine lebenswichtige Infrastruktureinrichtung,

die rund eine halbe Million Bewohner auf beiden Seiten der Kontaktlinie mit Wasser versorgt. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Waffengewalt im Donbass noch länger anhält. Wir gehen davon aus, dass der erwähnte Zwischenfall untersucht wird, und die Täter vor Gericht gestellt werden.

Die Pläne der ukrainischen Regierung, die Militarisierung des Landes fortzusetzen, sind nicht dazu angetan, ein günstiges Umfeld für die Deeskalation der Spannungen im Donbass zu schaffen. In seiner Jahresansprache in der Werchowna Rada (dem ukrainischen Parlament) am 20. Oktober gab der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, bekannt, dass die Ukraine mit der Produktion der neuesten Waffenmodelle, darunter die Artillerie-Feuereitanlage Obolon-A und das Mörsersystem Bars, begonnen hätte. Der Mehrfachraketenwerfer Wilcha-M und das Raketensystem Typhoon werden derzeit getestet. Die Fregatte *Hetman Sahaidatschchnyj* wird überholt. Darüber hinaus erhielt das ukrainische Verteidigungsministerium letzte Woche eine Lieferung von RPO-16 Raketenwerfern. Dank ihres thermobarischen Sprengkopfs können damit wirksame Angriffe gegen gepanzerte Fahrzeuge durchgeführt und feindliche Kräfte hinter Gefechtsstellungen in bis zu einem Kilometer Entfernung ausgeschaltet werden.

Es wäre interessant zu erfahren, welchen Zweck dieses demonstrative Säbelrasseln verfolgt. Im Übrigen bestätigte der stellvertretende Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Serhiy Krywonos, in einem jüngsten Blitz-Interview des ukrainischen Fernsehkanals Obozrevatel-TV, dass das ukrainische Streitkräftekommando auf den politisch, weltpolitisch und militärisch richtigen Moment warte, um eine Offensive im Donbass zu starten.

Vor diesem Hintergrund setzt eine Reihe von OSZE-Staaten die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte fort und pumpt ausländische Waffen und Ausrüstung ins Land, die in der Folge mehrfach in die Konfrontationszone im Donbass gelangt sind. Wie bekannt wurde, beabsichtigt die ukrainische Regierung, in Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen Luftabwehrsysteme zu entwickeln und Kampfdrohnen und Kriegsschiffe zu bauen. Dieses Jahr genehmigte der Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika ein militärisches Hilfspaket für die ukrainische Regierung im Gesamtwert von 250 Mio. US-Dollar, während mit dem Vereinigten Königreich ein Memorandum im Wert von 1,25 Mrd. Pfund Sterling zur Stärkung der ukrainischen Marine unterzeichnet wurde. Wir möchten erneut betonen, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für die Zerstörung in der Ostukraine tragen. Wir fordern unsere Partner eindringlich auf, ihre Verpflichtungen aus den politisch-militärischen Instrumenten der OSZE vollinhaltlich und verantwortungsvoll zu erfüllen, wie sie es ja selbst regelmäßig einfordern.

Die ukrainische Regierung sollte die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen abziehen und an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, illegale Gruppen entwaffnen und ausländische Militärausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Die unmenschliche sozioökonomische Blockade des Donbass sollte aufgehoben und der Region selbst dringend ein Sonderstatus eingeräumt werden. Politische und sicherheitspolitische Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und sollten gleichzeitig in der von den Minsker Vereinbarungen vorgesehenen Reihenfolge umgesetzt werden. Wir betonen die direkte Verantwortung der ukrainischen Seite für die praktische

Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets und der auf dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ am 9. Dezember 2019 in Paris erteilten Vorgaben.

Alle Möglichkeiten und Mechanismen zur Förderung einer umfassenden, friedlichen Regelung in der Ostukraine sind vorhanden. Fortschritte hängen davon ab, ob die ukrainische Regierung wirklich zu einem direkten, auf praktische Ergebnisse ausgerichteten Dialog mit den Vertretern von Donezk und Lugansk bereit ist. Es ist an der Zeit, dass unsere internationalen Partner und die „Einflüsterer“ der Ukraine endlich aufhören, die wahren Gründe für die innerukrainische Krise falsch darzustellen, und dass die Kovermittler einer friedlichen Regelung von der ukrainischen Regierung verlangen, dass sie ihre Scheinverhandlungen in der TCG aufgibt und stattdessen konstruktiv und verantwortungsvoll arbeitet, um im Einklang mit dem Minsker Maßnahmenpaket Frieden im Donbass zu schaffen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

**960. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 966, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ÖSTERREICHS  
(AUCH IM NAMEN FRANKREICHS)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Exzellenzen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Terroranschläge der jüngsten Zeit wie jene in Österreich und Frankreich sowie einer Reihe anderer OSZE-Länder zeigen erneut, dass unsere europäische Sicherheit eine gemeinsame und unteilbare ist. Wenn auch die Untersuchungen in den kommenden Monaten die genauen Hintergründe des letzten Anschlags erst noch zutage fördern müssen, steht doch fest, dass der unerlaubte Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und mit konventioneller Munition (CA) sowie deren illegaler Besitz und Missbrauch oftmals das Werkzeug für solche gewalttätigen Akte verfügbar macht.

Die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und CA ist eine der Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten, die in den OSZE-Dokumenten über SALW und SCA ausdrücklich festgeschrieben, aber auch in anderen FSK-Beschlüssen bekräftigt wurde. Um das Problem des unerlaubten Handels zu bewältigen, ist es nötig, dass unterschiedlichste nationale Behörden gemeinsam und in Abstimmung miteinander ihre Verantwortung wahrnehmen. Es bedarf dringend einer Erörterung dieser Erfahrungen und einer Bestandsaufnahme über den wachsenden Fundus an Wissen und Verfahren, was die Verhütung, Bekämpfung und Untersuchung des unerlaubten Handels mit SALW und der zugehörigen Munition betrifft. Dieses Wissen und die entsprechenden bewährten Verfahren sollten dringend im normativen Rahmen der OSZE Niederschlag und Eingang finden. Der Austausch bewährter Verfahren und die Stärkung der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene stünden im Einklang mit den Prioritäten, die 2018 von der dritten Überprüfungskonferenz zum Aktionsprogramm der Vereinten Nationen aufgezeigt wurden.

Österreich und Frankreich betrachten unter anderem die Entwicklung eines OSZE-Praxisleitfadens für die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und CA als ein wirksames Mittel zur Operationalisierung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA. Derzeit ist ein entsprechendes Reflexionspapier in Ausarbeitung, das wir noch im Laufe der

Woche verteilen möchten. Ich möchte unterstreichen, dass wir bereit sind, diese Initiative voranzutreiben, und uns über Unterstützung dafür freuen würden.

Vielen Dank Herr Vorsitzender.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/966  
11 November 2020  
Annex 3

GERMAN  
Original: RUSSIAN

---

**960. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 966, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

die schrecklichen Verbrechen der letzten Woche in Österreich und Frankreich haben erneut den barbarischen Charakter des Terrorismus bestätigt. Unser Land ist gewillt, die Zusammenarbeit mit den OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Bekämpfung dieser globalen Herausforderung zu intensivieren. Wir teilen die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) und treten für eine weitere Konsolidierung der internationalen Bemühungen ein, dieser gefährlichen Entwicklung entgegen zu wirken. Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen Terrorismus, Verbrechen und dem Auftauchen von Waffen auf dem Schwarzmarkt, darunter aus Ländern, wo sie ohne Lizenz oder unter abgelaufenen Lizenzen hergestellt werden, die von den Staaten, die die Rechte besitzen, erteilt wurden. Der unerlaubte Handel mit Waffen, ihren Teilen, Komponenten und Munition ist nach wie vor die Hauptquelle, aus der Terroristen und extremistische Gruppen schöpfen.

Positiv zu vermerken ist, dass wir die österreichische Initiative, einen Praxisleitfaden für die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und konventioneller Munition auszuarbeiten, zur Kenntnis nehmen. Wir werden unsere Regierung über das entsprechende Reflexionspapier unterrichten, wenn es offiziell unter den Teilnehmerstaaten verteilt wurde.

Ganz allgemeinen unterstützen wir den vom deutschen Vorsitz letzte Woche vorgestellten Entwurf zu einem Beschluss des Ministerrats der OSZE über normative Aspekte von SALW und SCA. Er wird derzeit von den zuständigen Experten in Moskau geprüft und wir erwarten, dass sie uns demnächst ihre inhaltlichen Kommentare zukommen lassen werden. Wir glauben, dass eine Einigung der Teilnehmerstaaten auf dieses Dokument die praktische Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA erleichtern würde.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



**960. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 966, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN  
DES INFORMELLEN FREUNDKREISES ZU KLEINWAFFEN UND  
LEICHTEN WAFFEN UND LAGERBESTÄNDEN  
KONVENTIONELLER MUNITION (LETTLAND)**

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir, in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) das Wort zu ergreifen.

Ich möchte die Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten in Bezug auf die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und SCA bekräftigen, wie sie in den OSZE-Dokumenten über SALW und SCA dargelegt und durch die Umsetzung der Normen und vorbildlichen Verfahren der OSZE unterstrichen wurden. Obschon es bereits viele Male gesagt wurde, möchte ich erneut betonen, dass diese Normen und vorbildlichen Verfahren, wenn sie angewendet werden, zur Reduzierung und Verhütung der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW und konventioneller Munition beitragen.

Ich stimme Österreich zu, dass die jüngsten tragischen Ereignisse in Europa erneut die Notwendigkeit gemeinsamer und verstärkter Bemühungen zur Verhütung, Untersuchung und Bekämpfung des unerlaubten Handels unterstreichen. Das Problem des unerlaubten Handels mit SALW und konventioneller Munition sollte fester Bestandteil der umfassenderen Bemühungen der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge sein.

Ich teile auch die Ansicht Österreichs, dass einer der Schritte, den wir sofort setzen könnten, der Austausch von Erfahrungen, Wissen und Verfahren in Bezug auf die Verhütung, Untersuchung und Bekämpfung des unerlaubten Handels ist. Dieses Wissen und diese vorbildlichen Verfahren sollten operationalisiert werden, indem sie in den normativen Rahmen der OSZE einfließen und darin aufgenommen werden. Wir könnten etwa, wie von Österreich vorgeschlagen, einen neuen OSZE-Praxisleitfaden für die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW und konventioneller Munition entwickeln. Wie uns allen bewusst ist, zielen die OSZE-Praxisleitfäden, auch wenn sie keinen verbindlichen Charakter haben,

darauf ab, die Entwicklung und Anwendung nationaler Strategien durch die Teilnehmerstaaten zu unterstützen und höhere gemeinsame Standards bei der Kontrolle und Verwaltung von SALW und SCA zu fördern.

Deshalb möchte ich Österreich meine volle Unterstützung dafür aussprechen, dass es diese Initiative vorantreibt, mit dem Ziel, die Bemühungen der Teilnehmerstaaten zur Bekämpfung des unerlaubten Handels durch die Stärkung der nationalen Eigenverantwortung und der Kapazitäten für die Kontrolle von SALW zu unterstützen.

Ich ermutige die Teilnehmerstaaten, sich diesem Vorhaben anzuschließen und es zu unterstützen, indem sie ihre Erfahrungen austauschen, vorbildliche Verfahren weitergeben und über die Plattform des informellen Freundeskreises auf freiwilliger Basis Empfehlungen von Experten zu diesem neuen Leitfaden zur Verfügung stellen. Als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA bin ich bereit, die Entwicklung dieses neuen Praxisleitfadens zu erleichtern und koordinierend zu unterstützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.